

**Von:** Joachim Betten <jobetten@gmx.de>  
**Gesendet:** Sonntag, 19. Juli 2020 17:32  
**An:** 'ob@ueberlingen.de'; Oberbürgermeister  
Zeitler vertraulich  
**Cc:** hpwbmw@t-online.de  
**Betreff:** Entwurf BPL "Fischerhäuser-Vorstadt" und SK  
Stellungnahme von Herrn Längin  
**Anlagen:** 2020.07.18\_SK-Kom Ein Leuchtturm des  
sensiblen Umbaus (HPW).pdf

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zeitler,

im heutigen Südkurier-Bericht über ein weiteres Nachbarschaftstreffen der Anwohner der Fischerhäuser Vorstadt zum Entwurf des Bebauungsplanes „Fischerhäuser Vorstadt“ unter moderierter Beteiligung von einigen Gemeinderäten, die zu ihrem Wort von Bürgerbeteiligung stehen, passten die Aussagen von Herrn Längin nicht zu seiner Aufgabe, auch nicht zu einem zeitgemäßem Umgang mit den Bürgern. Textauszug:

**Ganz anders sieht es Baubürgermeister Matthias Längin auf Nachfrage. „Die Bürger werden doch noch einbezogen, genau so, wie es das Verwaltungsverfahren vorsieht.“ Wenn die Offenlage des Bebauungsplanentwurfs beschlossen sei, könne jeder seine Anregungen einbringen. „Noch sind wir nicht so weit.“ Schon im Vorfeld einen Dialog zu führen, sei ein Mehraufwand, ja eine Verschwendung von Steuergeldern und bringe nach seiner langjährigen Erfahrung überhaupt nicht weiter. „Der Gemeinderat muss doch entscheiden“, erklärt Längin: „Was würde der denn sagen, wenn wir uns vorher mit den Bürgern abstimmen?“**

Warum macht die Straßenbauverwaltung bei der Planung der B 31 neu zwischen Meersburg und Immenstaad solch einen Aufwand mit der Einbeziehung der dortigen Bürger und aller Interessengruppen in einem vorgezogenen Verfahren bevor es dann in die Planfeststellung geht? Eben weil es die langjährige Erfahrung der Landesbehörde ist, durch die frühzeitigen Bürgeranhörungen schneller mit ihren Straßenbauprojekten ans Ziel zu kommen. Warum bemüht sich Frau Staatssekretärin Erler schon seit vielen Jahren – insbesondere in den Städten, so auch in Überlingen – dass die Verwaltung mit den Bürgern redet und sich nicht auf die Verwaltungsverfahren zurückzieht? Man hat doch erkannt, dass dieses „Nichteinbeziehen der Bürger“ nur zu Feindseligkeiten und Rechtsstreitigkeiten führt. Zum Zeitpunkt der Offenlage der Bebauungspläne haben sich die Gemeinderäte sowie die Verwaltung schon so festgelegt, dass sie sich von den Einwendungen der Bürger nicht

mehr „einschüchtern“ lassen und den Weg des geringsten Aufwandes gehen, Gegenargumente lassen sich ja stets finden. Die Gespräche vorab zwischen Gemeinderäten und Bürger sind jedoch überaus wichtig und sollten auch von der Verwaltung unterstützt werden.

Um frühzeitig Probleme zu vermeiden, wäre es sinnvoll, dass sich die Bauverwaltung dieser empfohlenen Verfahrensweise anschließt.

In der vorliegenden Sache wäre es zwingend notwendig dieses Kleinod einer Jahrhunderte alten Stadtentwicklung im Sinne der Altstadtsatzung und einer gelebten Nachbarschaft, dem integrierten Stadtentwicklungsprojekt (ISEK), der Städtebaulichen Rahmenplanung von 1998 und den Empfehlungen des Mobilen Gestaltungsbeirates von 2018 zusammen mit den Grundstückseigentümern zu entwickeln. Ein typischer kommerzieller Geschosswohnungsbau würde dieses Kleinod nur zerstören. Der zum Südkurier Artikel gehörende Kommentar von Herrn H.P. Walter spricht dazu eine eindeutige Sprache und der Bürgersinn möchte sich diesem Gedankengang vollinhaltlich anschließen.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Betten

Bürgersinn e.V. Überlingen